



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Schwedische Politik im Lichte der einheimischen Kritik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Faust ballt sich uns, wenn wir im einzelnen zusehen, wie Zweiglein für Zweiglein dieses über den Grenzgraben hinüberreichenden Astes der deutschen Kultur, der dem russischen Reich hundertsältige Frucht getragen hat, von nichtswürdigen, dumm-brutalen Häusten geknickt, wie in frivoler Weise der Geist der Zwietracht im doppelsprachigen Land gesät, sorgsam gehegte Pläne durchkreuzt, Loyalität und Treue mit Undank vergolten wurde. Am härtesten traf die Russifizierung vielleicht das blühende Schulwesen des baltischen Landes. Im Umkreis der Volksschule führte sie zur absoluten Demoralisation bei Lehrern und Schülern, in den höheren Schulen zu einer unendlichen Erschwerung, aber auch Verschlechterung der Bildung. Die einstmals stolze Universität Dorpat wurde zum kümmerlichen Dasein etner schlechtdotierten Provinzialhochschule herabgedrückt. Von den Reformen nach der Revolution haben nur die höheren und mittleren Schulen gezeichnet. Die rührige Tätigkeit der neugegründeten „Deutschen Vereine“ hatte mit erstaunlichem Organisationsgeschick in kürzester Zeit ein neues wenigstens halbdeutsches Schulsystem geschaffen. Nun liegt auch dies alles wieder in Trümmern. —

(Schluß folgt)



Schwedische Politik im Lichte der einheimischen Kritik

Man schreibt uns aus Stockholm:



Im letzten Heft der Zeitschrift „Det Nya Sverige“ macht der Herausgeber Dr. Adrian Molin in einem Leitartikel mit dem Titel „Das Fazit der Neutralitätspolitik“ dem schwedischen Minister des Äußeren heftige Vorwürfe wegen seiner Handhabung der Neutralität. Diese Zeitschrift ist ein Organ der konservativen Partei und der Herausgeber sehr stark deutschfreundlich. Nachdem er ausführlich nachweist, welche Vorteile Schweden von einer starken deutschen Ostseeflotte hätte, wirft er der Leitung des auswärtigen Amtes vor, die Wünsche Deutschlands nicht genügend berücksichtigt zu haben. Dadurch sei in Deutschland eine Mißstimmung gegen Schweden entstanden, die nur Schaden könne. Die Gründe dieser Mißstimmung formuliert er in drei Sätzen:

1. Der Mißgriff der auswärtigen Leitung, der darin lag, die Demobilisierung Schwedens von der Zurückziehung der russischen Truppen aus Nordfinnland abhängig zu machen.
2. Der seit dem Herbst gedulbete Transport von Kriegsmaterial über Schweden von und nach Rußland.
3. Die öffentliche Diskussion, wie Schweden sich unter Verdrängung Deutschlands den russischen Markt erobern könne.

Von diesen Fragen sei die erste von größter Bedeutung. Rußland habe ja nichts mehr gewünscht, als der schwedischen Neutralität sicher zu sein, um seine Truppen aus Finnland zurückziehen zu können. Schweden aber hatte davon gar keinen Vorteil, weil ja diese Truppen zu jeder Zeit zurückgesandt werden konnten. Für Deutschland bedeutete diese Maßnahme der schwedischen Regierung 200 000 Feinde mehr an der Ostfront.

Über den Transport von Kriegsmaterial nach Rußland erfährt man aus dem Artikel, daß dieser bis zum Zufrieren der Ostsee von den schwedischen Häfen am Bottnischen Meerbusen nach Remi, Gamla Karleby, Basa, Mäntyluoto und Raumo, und nachher über Sundswall, Gefle und Stockholm nach den zwei letztgenannten finnischen Städten ging. Die Empfänger waren russische Waffenfabriken in St. Petersburg, Tula, Perm usw. — vor allem aber die Franco-Russo-Gesellschaft in St. Petersburg. Die transportierten Waren bestanden aus: Maschinen zur Herstellung von Schrapnells usw., Schrapnellbestandteile, wie: Böden, Zündrohre, Salpeter usw. Einen Begriff von dem Umfang dieser Transporte gibt die Tatsache, daß allein während einer Woche im Februar 1915 an eine einzige Firma 200 Wagenladungen von Raumo nach St. Petersburg gingen. Da die Häfen von Archangelsk und Wladimostok während des Winters zugefroren sind, muß also Rußland einen erheblichen Teil von seinem Kriegsbedarf über Schweden erhalten haben. Die Schuld an den Kriegsbedarfstransporten nach Rußland scheint Deutschland der mangelhaften Aufsicht der schwedischen Regierung zuzuschreiben, ja vielleicht bezweifelt man sogar den guten Willen. Das Holzexportverbot und die Minierung vor Mäntyluoto seien ohne Zweifel als Repressalien aufzufassen.

Die öffentliche Diskussion der Möglichkeit für Schweden, unter Benutzung der Notlage Deutschlands den russischen Markt zu erobern, zeugt, nach Molin, von ebensoviel ökonomischer Kindlichkeit als von politischem Unverstand. Während die Söhne Deutschlands auf den Schlachtfeldern Gallziens und Polens mit dem russischen Riesen, dessen Sieg auch den Untergang Schwedens bedeuten könnte, auf Leben und Tod ringen, geniert Schweden sich nicht, seinen Profitgeiz auf Kosten Deutschlands offen zu zeigen. Dieses muß aber jeden Schweden, der fühlt, was der Kampf Deutschlands auch für Schweden bedeutet, tief verletzen, und erst recht die Deutschen. Übrigens wird sich Deutschland, wie auch der Krieg enden mag, nicht aus Rußland verdrängen lassen. Deshalb können die kindischen schwedischen Ratschläge ihm keine Angst einflößen, sondern sie werden nur Erbitterung gegen diese Art schwedischen Unternehmungsgeistes erwecken. Die linksstehende Presse sagt unverhüllt, der Sieg Deutschlands würde eine ökonomische Gefahr für Schweden bedeuten. Vor der aus einer deutschen Niederlage entstehenden politischen Gefahr macht man aber die Augen zu.

Als Gegensatz hierzu schildert Molin dann die sonderbar nachgiebige und rücksichtsvolle Haltung des Auswärtigen Amtes England gegenüber. Keine Macht habe Schweden so brutal und rücksichtslos behandelt wie England. Die

Handelschiffe seien nach englischen Häfen verschleppt und Wochen und Monate zurückgehalten worden. England halte die Korrespondenz mit Amerika an und füge Schweden enorme Verluste zu. Und was macht das Auswärtige Amt? Es beschränkt sich auf Vorstellungen, die ungehört verklingen. Weshalb ergreift man nicht das völkerrechtlich erlaubte Mittel, das man Retorsion nennt? Weshalb läßt das Auswärtige Amt nicht die briefliche und telegraphische Korrespondenz, die von England über Schweden nach Rußland geht, zurückhalten? Weshalb verhindert man nicht den zum größten Teil aus Lebensmitteln und Kriegsbedarf bestehenden Warenaustausch zwischen Rußland und England und umgekehrt via Schweden? Wäre dies alles geschehen, so würde Schweden sich England gegenüber in einer ganz anderen Lage befinden. Aber die Leitung sei wankend und schwach gewesen und England glaube jetzt Schweden nach Belieben behandeln zu können.

Von sämtlichen kriegsführenden Mächten hätte Rußland von einem Eingreifen Schwedens am allermeisten zu befürchten gehabt. Anfangs fürchtete man sich auch ernstlich. Wäre die äußere Leitung Schwedens ihrer Aufgabe gewachsen gewesen, so hätte sie Rußland Bedingungen gestellt, die nicht nur einen augenblicklichen, sondern dauernd einen Schutz gegen Osten boten. Statt dessen hat man nur gerade dasjenige verlangt, was Rußland am innigsten wünschte, und die finnischen Regimenter marschierten mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiel gegen Deutschland. Diesem Rußland, das durch seine militärischen Maßnahmen in Finnland und durch seine systematische Spionage Schweden stets droht, die schwedische Rechtsordnung in Finnland vernichtet und jetzt für Schweden Freundschaft heuchelt, erweise die schwedische Regierung ein auffallendes Entgegenkommen, was man auch russischerseits vollkommen zu schätzen weiß.

Das Fazit der schwedischen Neutralitätspolitik sei folgendes:

In ökonomischer Hinsicht: Gewinn für eine Anzahl von ausländischen und einheimischen Jobbern durch Lieferung von Kriegskonterbande, Kriegsbedarf und sonstigen Bedarfsartikeln, aber große Verluste für das Land im ganzen, und erhebliche Steigerung der Lebensmittelpreise.

In politischer Hinsicht: ein vereinsamtes Schweden, ohne wirkliche Freunde, von den Kriegführenden als ein „quantité négligeable“ behandelt.

Betreffs der Sicherung der Zukunft: in dieser der größten und wichtigsten aller Fragen ist nichts von reellem Zukunftswert gewonnen. Der Artikel schließt: „Werden wir denn nur den Schwierigkeiten des Augenblicks aus dem Wege gehen, ohne an die Gefahren der Zukunft zu denken? Werden wir in Wind und Wellen auf dem Meere umhertreiben, ohne Kompaß und Ziel? Eine solche Fahrt kann auch ein uraltes Reich in Trümmer schlagen.“

* * *

Die Tagespresse hat mit wenigen Ausnahmen den Artikel Molins in allen Tonarten vom Bedauern bis zur zornigen Entrüstung verurteilt. Sogar die ausgesprochen deutsch-freundlichen „Svenska Dagbladet“ und „Aftonbladet“ bezeichnen ihn als bedenklich und unpatriotisch, verschweigen aber den Inhalt. Der linksstehenden Presse ist er natürlich ein Anlaß zu wütenden Angriffen geworden. Nur die hochkonservative „Nya Dagligt Allehanda“ gibt ihn ungefürzt wieder und scheint beizustimmen. Der Minister des Äußeren konnte natürlich die Beschuldigung nicht auf sich sitzen lassen, sondern forderte den Verfasser auf, die Vermittler des Konterbandehandels anzugeben, damit die Schuldigen bestraft werden könnten, worauf Molin erwiderte, er habe nicht von Konterbande sondern von Kriegsbedarf gesprochen, der nicht trotz sondern vielmehr infolge der gesetzlichen Bestimmungen über Schweden zwischen Rußland und England transitirt worden sei. Kurz darauf wurde von der Regierung eine Verschärfung des Transitverbots erlassen. Aus Schweden darf nur in „geordnetem Frachtverkehr“ eingetrossener Kriegsbedarf weiterbefördert werden. Unter „geordnetem Frachtverkehr“ ist zu verstehen, daß die Güter mit einem und demselben Frachtbrief von dem Absendungsort bis zum Bestimmungsort befördert werden müssen. Eine Umladung in Schweden für Transport nach Rußland oder England ist aber nicht mehr möglich. Außer den drei skandinavischen Staaten ist wohl Deutschland das einzige Land, das mit Schweden in einem „geordneten Frachtverkehr“ steht. Als Grund der neuen Bestimmung wurde angegeben, es seien neuerdings große Mengen von Maschinen zum Ausheben von Laufgräben und zum Anfertigen von Waffen aus England über Schweden nach Rußland gesandt worden.

Die Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber England, die ja tatsächlich unerklärlich erscheinen muß, hat in Kaufmanns- und Reederkreisen tiefe Unzufriedenheit erregt und die nationale Presse verlangt fast täglich in geharnischten Artikeln effektive Maßnahmen. Aber bisher ist von dem Minister des Äußeren nichts getan worden. Er protestiert nur. Waren im Werte vieler Millionen sind auf dem Wege von und nach Amerika von den Engländern beschlagnahmt worden und liegen in englischen Häfen. Es handelt sich dabei durchaus nicht um Kriegsbedarf, sondern um Lebensmittel und für Schweden selbst bestimmte Produkte, die größtenteils dem Ausfuhrverbot unterliegen, also im Lande bleiben würden. Die Forderungen der schwedischen Reeder an den englischen Staat sind bereits so enorm, daß man unter keinen Umständen diese schwebenden Schulden zu vermehren wagt, ehe die Ersatzfrage geordnet ist. Überall in den skandinavischen Hafenstädten betreibt England eine weitverzweigte Handelsespionage, die von den Gesandten geleitet wird. Die sogenannten Handelsattachés arbeiten eifrig mit unzähligen Unteragenten, verschaffen sich durch Bestechung von Angestellten der Spediteure und Reeder genaue Angaben über die Warenabsender und Empfänger und die Waren, die nach Deutschland weitergesandt werden sollen. In Gottenburg ist die Espionage besonders arg

gewesen. Es ist vorgekommen, daß dort in großen Firmen angestellte Engländer die ganze Korrespondenz der Firma dem englischen Konsul in Abschriften übergeben haben. Diese Schriftstücke werden der englischen Regierung übersandt und die betreffenden für Deutschland bestimmten Güter in englische Häfen geladen. Zwei englische Handelspione sind bereits ausgewiesen worden. In der letzten Zeit hat ein bei der englischen Gesandtschaft in Stockholm angestellter „Handelsattachégehilfe“ Mr. Phillipotts viel von sich reden gemacht. Eine Göttenburger Zeitung hat eine große Anzahl von seinen geheimen Berichten in Durchschlagkopien auf irgendeine Weise erhalten, und läßt jetzt, um das Auswärtige Amt zu erforderlichen Maßnahmen zu zwingen, diese in Facsimile veröffentlichen. Vor einer Woche erschien der erste Bericht und die Zeitung besitzt noch achtzehn. Sie ist von der Regierung gebeten worden, den Angriff einzustellen, sie setzt ihn aber ruhig fort und vor einigen Tagen wurde Mr. Phillipotts bei einem Besuch in Göttenburg auf offener Straße belästigt. Der Herausgeber der Zeitung hat ihn der Polizei wegen Handelspionage gemeldet und der Engländer hat ihn wegen systematischer Verfolgung angeklagt. Die Untersuchung der Polizei ist auf höheren Wunsch eingestellt worden und die Regierung hat die Angelegenheit selbst in die Hand genommen. Die Anklagen der betreffenden Zeitung gegen den Minister des Auswärtigen sind außerordentlich scharf. Es wird ganz offen behauptet, die Gründe der Entente-freundlichkeit und der Nachgiebigkeit des Ministers gegen England seien ausschließlich ökonomischer und privater Natur. Es darf nicht vergessen werden, daß der Minister einer der größten Finanzleute Skandinaviens ist und besonders mit Frankreich und England intime ökonomische Beziehungen unterhalten hat. Daraus erklärt sich auch die große Sympathie, die er in den linksstehenden Parteien genießt.

